

Politik des klaren Menschenverstands.

LEITLINIEN FÜR EINE ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK

zu den Kommunalwahlen in
Mecklenburg-Vorpommern

2019



Leitlinien für eine Alternative Kommunalpolitik

Inhalt

Vorwort

- 1) **Bürgernähe und Demokratie** - transparent und direkt
- 2) **Infrastruktur** - für eine gut vernetzte Heimat
- 3) **Sicherheit und Ordnung** - Konsequenz und bürgernah
- 4) **Familien** - Nachhaltige Zukunft unserer Kommunen
- 5) **Bildung** - Wohnortnah und zukunftsgerichtet
- 6) **Identität** - Tradition braucht Vision
- 7) **Vereine und Ehrenamt** - Gesellschaftliches Engagement stärken!
- 8) **Gesund leben** - Mehr Ärzte für das Land
- 9) **Wirtschaft und Soziales** - Hand in Hand!
- 10) **Landwirtschaft** – Zukunft und Natur
- 11) **Energie** - Bezahlbare Versorgung ohne Ideologie
- 12) **Kommunale Finanzen** – Solide und selbstverwaltet

Vorwort

Deutschland im Herzen – den Kreis unserer Heimat im Blick!

Wir wollen unser Mecklenburg-Vorpommern bewahren. Darum müssen wir Bürger handeln!

Die illegale Einwanderung dauert bis heute an. Auch unsere Kommunen spüren die Folgen. Wir erleben ein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Das wollen wir verhindern.

Gleichzeitig wird unsere Mitbestimmung Stück für Stück an einen europäischen Superstaat übertragen. Die allgegenwärtige Genderideologie untergräbt unsere mit Abstand wichtigste Institution - Die Familie!

Unserem Land droht durch einschnürende EU-Richtlinien, Verordnungen und unsinnige Grenzwerte die Deindustrialisierung und damit der Verlust unseres Wohlstandes.

Die Heimat, in der wir aufgewachsen sind, ist in ihrer Existenz bedroht. Wir brauchen eine starke Kraft der Bürger, die sich den verheerenden Entwicklungen auf allen Ebenen entgegenstemmt. In unseren Gemeinde- und Stadtvertretungen und in unseren Kreistagen können wir viel dafür tun, dass unser Land einen guten Weg einschlägt.

Das Hauptziel unserer Kommunalpolitik ist es, unsere Heimat, unsere Kultur und unsere Lebensweise für zukünftige Generationen zu sichern. Wir wollen unser Land zu einer gerechten, lebenswerten und mit vielen Kindern gesegneten Heimat machen. Wir wollen junge Menschen ermutigen, hier im schönen Mecklenburg-Vorpommern zu leben, zu arbeiten und Familien zu gründen.

Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit Menschen hierzulande eine Lebensperspektive für sich erkennen. Wir brauchen gute wirtschaftliche Bedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten werden und neue entstehen können. Wir brauchen Unterstützung für unsere Familien und Kinder, ein ausgezeichnetes Bildungssystem und Sicherheit. Wir wollen der Landflucht entgegenwirken und den ländlichen Raum attraktiver gestalten.

Helfen Sie dabei mit. Schaffen wir gemeinsam ein lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern!

Bürgernähe und Demokratie - transparent und direkt

Die Kreisgebietsreform mit ihren überdimensionierten Landkreisen hat nicht zu Einsparungen geführt, sondern Mehrkosten verursacht und zugleich den Zugang zu alltäglichen Behördenleistungen erschwert.

Wir fordern eine schlanke und bürgernahe Verwaltung, besonders auf der Kreisebene. Die Verwaltung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss sich als Dienstleister für das Land und seine Menschen begreifen.

Wir fordern die Verwaltung der Landkreise dezentraler aufzustellen. Den Bürgern muss die Möglichkeit gegeben sein, persönlich in den Bürgerbüros der einzelnen Verwaltungseinheiten ihre Anliegen vorzutragen.

Gleichzeitig wollen wir, dass die Onlineangebote der Verwaltungen ausgebaut werden, so dass Verwaltungsakte nach dänischem Vorbild online abgewickelt werden können. Damit dies gelingt, fordern wir, dass in einem ersten Schritt eine vollständige Kompatibilität der verschiedenen Behördensoftwares hergestellt wird.

Wir sprechen uns gegen Zwangsfusionen mehrerer Gemeinden aus. Weder die finanzielle Lage noch die Identifikation der Bürger mit der eigenen Kommune werden durch solche Maßnahmen verbessert.

Um die Verbundenheit der Bürger mit ihrer Region zu stärken und wachsender Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, bedarf es verbesserter Möglichkeiten der Mitbestimmung.

Wir wollen deshalb Bürgerhaushalte schaffen, die es den Bürgern ermöglichen, bei der Verteilung öffentlicher Gelder direkt mitzuwirken.

Dazu sollen Gemeinden, Städte und Kommunen konkrete Haushaltsvolumen und Teile des Haushalts bestimmen, die durch den Bürgerhaushalt beeinflusst werden können.

Infrastruktur - für eine gut vernetzte Heimat

Die Infrastruktur unseres Landes wurde in den vergangenen Jahren in verantwortungsloser Weise vernachlässigt. Das betrifft in besonderem Maße den ländlichen Raum. Marode Straßen, baufällige Brücken, aber auch in die Jahre gekommene öffentliche Gebäude bis hin zu defekter Straßenbeleuchtung sind allgegenwärtig. Dazu kommen eine mangelhafte Mobilfunkabdeckung und ein Breitbandausbau, der seit Jahren verschlafen wurde.

Mobilität ist gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern wichtig. Insbesondere im ländlichen Raum müssen die Menschen oftmals weitere Strecken zurücklegen, um die alltäglichen Dinge des Lebens zu meistern. Die teilweise schlechte Anbindung an den ÖPNV ist für Menschen ohne Auto, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Senioren ein Problem.

Wir wollen, dass wieder angemessen in unsere Verkehrsinfrastruktur investiert wird. Die Anbindung des ländlichen Raumes an die Mittel- und Oberzentren ist von äußerster Wichtigkeit. Geplante Ortsumgehungen sind rasch umzusetzen.

Um den Menschen auch in ländlichen Bereichen die nötige Mobilität zu sichern, wollen wir neue innovative Konzepte unterstützen und die bisher brachliegenden Potentiale der Digitalisierung ausschöpfen. Grundsätzlich sehen wir es als Aufgabe der öffentlichen Hand, die Grundversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicherzustellen.

Geldautomaten und Bargeldzugang im ländlichen Raum müssen durch öffentlich-rechtliche Banken wie die Sparkasse geleistet werden. Die AfD wird sich dafür einsetzen.

Die AfD spricht sich gegen die Privatisierung von Unternehmen aus, die der kommunalen Daseinsvorsorge dienen.

Mecklenburg-Vorpommern muss Vorreiter bei der Digitalisierung werden. Statt Funklochchaos brauchen wir eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet und dem neuesten Mobilfunkstandard. Leistungsfähige, flächendeckende Mobilfunknetze in 5G-Standard und eine durchgehende Versorgung mit Breitbandanschlüssen im Gigabit-Bereich werden für unsere Wirtschaft und für zukunftsfähige Arbeitsplätze immer wichtiger. Die AfD setzt sich deswegen energisch dafür ein, eine der geplanten 5G-Modellregionen nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen.

Die Digitalisierung bietet für den ländlichen Raum enorme Chancen und ist von größter Bedeutung für die Zukunft.

Sicherheit und Ordnung - Konsequenz und bürgernah

Wir sind die Partei, die konsequent auf Sicherheit und Ordnung setzt. Dem anwachsenden Ausmaß der Kriminalität muss die Stirn geboten werden. Wir erleben tagtägliche Kleinkriminalität, aber auch schwerste Verbrechen wie Vergewaltigung und Mord. Dem muss mit aller Vehemenz begegnet werden. Wir fordern die rigorose Ahndung aller Straftaten und die konsequente Ausweisung von straffälligen Migranten.

Da insbesondere unbegleitete minderjährige Ausländer bei Straftaten deutlich überrepräsentiert sind, sollte eine aussagekräftige Altersbestimmung sowie die Prüfung einer Familienzusammenführung in sicheren Drittstaaten obligatorisch durchgeführt werden.

Zum Schutz unserer Bürger fordern wir eine stärkere Polizeipräsenz vor Ort. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau von Polizeistationen ein.

Jeder Bürger muss die Gewissheit haben, dass spätestens 15 Minuten nach Eingang eines Notrufes Polizei oder Rettungskräfte zur Stelle sind.

Zur Verbesserung der Sicherheit müssen Streifengänge von Polizei- und Ordnungskräften verstärkt und besonders auch nachts durchgeführt werden.

Die Bürger haben ein Recht auf eine verlässliche und transparente Ursachen- und Verursacheranalyse. Dazu sind regelmäßige und detaillierte Berichte zur kommunalen Kriminalitätsstatistik zu erstellen.

Wir treten für eine verbesserte Zusammenarbeit der Kommunalverwaltungen mit Polizei und Gerichten ein. Die Kriminalitätsvorbeugung muss verstärkt und finanziell abgesichert werden. Nach dem Vorbild der bayerischen Sicherheitswacht wollen wir auch in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit für den Einsatz von freiwilligen Polizeihelfern schaffen. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern müssen sich wieder auf die staatlichen Sicherheitskräfte verlassen können.

Zur Erhöhung der Sicherheit ist die Straßenbeleuchtung durchgehend zu gewährleisten und im Rahmen einer Sicherheitsanalyse gegebenenfalls auszubauen. Vandalismus, illegale Graffiti und Verschmutzungen im öffentlichen Raum müssen stringent geahndet und beseitigt werden.

Familien - Nachhaltige Zukunft unserer Kommunen

Die Familie genießt zurecht den besonderen Schutz unseres Grundgesetzes. Ohne traditionelle Familien gibt es keine Zukunft für unsere Kommunen. In der Familie werden grundsätzliche Werte vermittelt, Heimatliebe gestiftet und Gemeinschaftssinn vorgelebt.

Vordringliches Ziel der AfD ist es daher, dass sich Paare für mehr Kinder entscheiden können. Wir wollen eine positive Bevölkerungsentwicklung ermöglichen, so dass Optimismus in unser Land einzieht.

Die wohnortnahe Kinderbetreuung wollen wir deutlich verbessern. Eine Einrichtung zur elterlichen Unterstützung soll keine elterliche Last sein. Die Beitragsfreiheit darf nicht auf Kosten der Qualität ausgespielt werden.

Wir setzen uns für eine moderne kindgerechte Ausstattung der Kindertagesstätten, gut ausgebildete und ordentlich bezahlte Fachkräfte in ausreichender Zahl, kostenfreie und gesunde Verpflegung sowie elternfreundliche Öffnungszeiten ein. Um die Fachkraft-Kind-Relatio nachhaltig zu verbessern, fordern wir einen verbindlichen Personalschlüssel für Krippen (1:3), Kindergärten (1:8) und Horte (1:12).

Den Kommunen muss ein ganzheitliches Finanzierungskonzept unter Einbeziehung von Bund und Land ermöglicht werden.

Wir wollen unsere Städte und Dörfer kinderfreundlicher gestalten. Junge Familien sollen auf dem Land gleichwertige Lebensbedingungen vorfinden!

Identität - Tradition braucht Vision

Mecklenburg-Vorpommern ist Heimat. Wir leben in einer jahrhundertealten Kulturlandschaft, in Städten und Dörfern, die unsere Vorfahren in Generationen geschaffen haben. Unser historisch einmaliges Erbe zu schützen und weiterzuentwickeln ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Wir kämpfen leidenschaftlich für den Erhalt unserer Kultur. Konkret wollen wir die wichtige Arbeit der Heimatvereine stärken, damit Kinder und Jugendliche ein positives Verhältnis zu ihrer Heimat und ihrer Herkunft entwickeln können.

Wir setzen uns für ein flächendeckendes Angebot von Niederdeutsch-Unterricht ein. Jeder soll die Möglichkeit haben, Platt zu lernen. Denn wi wülln, dat ok in hunnert Joehn noch Platt snackt ward.

Eine Islamisierung unserer Gesellschaft lehnen wir strikt ab! Der Bau von Moscheen, Burkinis in kommunalen Bädern, Umbenennungen von traditionellen Festen und die Änderung von Speiseplänen in Schulen sowie Kindergärten sind Zeichen der Islamisierung. Dem setzen wir eine starke deutsche Leitkultur entgegen.

Unser bauliches Erbe ist Bestandteil unserer Identität. Fachwerkhäuser, Backsteinbauten, beeindruckende Kirchen und herrschaftliche Gutshäuser prägen unser Land. Tatsächlich verfallen heute leider unzählige denkmalgeschützte Bauwerke. Wir wollen unser bauliches Erbe erhalten.

Die AfD setzt sich für Gestaltungssatzungen ein. Ein neuer Gesamtansatz der Kulturrumpfleger soll dafür sorgen, dass auf Grundlage des Alten Neues wachsen kann.

Heimat und Kultur werden für Mecklenburger und Vorpommern gerade in Zeiten der fortschreitenden Globalisierung feste Ankerpunkte ihrer Identität bleiben.

Bildung - Wohnortnah und zukunftsgerecht

Bildung ist der wichtigste Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Der bauliche Zustand vieler Schulen ist jedoch verheerend. Bröckelnder Putz, undichte Dächer und defekte, verwahrloste sanitäre Anlagen sind leider Alltag. Seit Jahren ist in viele Schulgebäude nicht mehr investiert worden. Hinzu kommt, dass im ganzen Land zahlreiche Schulen von der Schließung bedroht sind, weil die Mindestzahlen an Schülern nicht mehr erreicht werden.

Schulen müssen in Stadt und Land in ausreichender Anzahl und standortsicher gehalten werden. Das gilt ganz besonders für Grundschulen. Auch kleine Grundschulen sind zu erhalten. Schulgebäude sind zu sanieren und instand zu halten. Dafür müssen die erforderlichen Mittel dauerhaft zur Verfügung gestellt werden.

Die Digitalisierung der Gesellschaft muss ihre Berücksichtigung in den Schulen finden. Die Schulen sollen mit modernen Lehrmitteln und insbesondere auch mit zukunftsfähiger EDV ausgestattet werden.

Viele Schüler müssen weite Strecken zu den Schulen zurücklegen. Die Schülerbeförderung ist daher landesweit grundsätzlich kostenlos zu gestalten. Auch bei örtlich nicht zuständigen Schulen müssen die Schüler die Möglichkeit haben, den ÖPNV ohne Zuzahlung zu jeder Schule nutzen zu können. Dies gilt auch für Berufsschüler.

Vereine und Ehrenamt - Gesellschaftliches Engagement stärken!

Ohne Bürgersinn gibt es keine Demokratie. Unsere freiheitliche, demokratische Gesellschaft lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bürger. Ob Vereine, Feuerwehren, soziale Einrichtungen oder Kommunalpolitik, die ehrenamtliche Arbeit vor Ort bildet das Fundament unseres Gemeinwesens. Ehrenamtler erbringen daher eine hoch anzurechnende Leistung, die das gesellschaftliche Miteinander stärkt. Wir möchten die Bürger darin bestärken, durch persönlichen Einsatz zu einer lebenswerten Gesellschaft beizutragen. Das Vereinsleben ist elementarer Bestandteil unserer Kultur und bietet den Menschen das positive Erlebnis einer Gemeinschaft. Auch hier wächst die Liebe zur Heimat heran.

Gleichzeitig lernen insbesondere junge Menschen, Verantwortung zu übernehmen und Pflichten zu erfüllen. Wir wollen dem Mitgliederschwund bei Vereinen und Feuerwehren entgegenwirken und die Bereitschaft der Menschen fördern, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen und sich für die Mitmenschen zu engagieren.

Die AfD setzt sich deshalb dafür ein, bürokratische Hürden für Vereine abzusenken. Durch eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sollen diese in die Lage versetzt werden, Freiwillige Feuerwehren, Sportvereine und Gesellschaftsarbeit zu unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinnützige Tätigkeit auf vielfältige Weise gewürdigt wird. Für Schüler wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass gemeinnützige Tätigkeiten, zum Beispiel in Jugendfeuerwehren, THW und Vereinen auf einem Beiblatt zum Zeugnis dokumentiert werden können. Insbesondere in den vielen Freiwilligen Feuerwehren wird Großartiges für die Gemeinschaft geleistet. Wir wollen die Möglichkeit für eine Feuerwehrrente schaffen. Dies soll eine freiwillige private Versicherung sein, in welche die Gemeinde für eine spätere Zusatzrente für die Feuerwehrleute einzahlt.

Gesund leben - Mehr Ärzte für das Land

Die ärztliche Versorgung auf dem Land muss verbessert werden. Es fehlen heute schon niedergelassene Allgemeinmediziner, aber auch verschiedene Fachärzte. Die Apotheke oder der Arzt im Ort gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen einer regionalen Strukturpolitik. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters der noch praktizierenden Ärzte und Apotheker wird sich die Situation in Zukunft weiter verschärfen. Weiterhin führt die demographische Entwicklung zu einem steigenden Bedarf an Gesundheitsleistungen.

Wir wollen deshalb an Medizinstudenten, die sich verpflichten als Landärzte zu arbeiten, Stipendien zur Verfügung stellen. Bei der Studienplatzvergabe an den Landesuniversitäten sollen sie bevorzugt berücksichtigt werden.

Für die Gewährleistung einer qualifizierten Versorgung mit Arzneimitteln müssen Apotheken flächendeckend erhalten bleiben.

Wir wollen ein Gesundheitssystem, das insbesondere auch in den ländlichen Räumen eine gute medizinische Grundversorgung gewährleistet. Dazu ist die Zusammenarbeit der Leistungsanbieter auszubauen und zu verbessern. Den Akteuren in diesen Regionen muss ein hinreichender gesetzlicher Spielraum für kreative Lösungen eingeräumt werden.

Beispielsweise mit der Bereitstellung von ausgerüsteten Praxisräumen oder der Unterstützung beim Praxismanagement durch die Kommunen, kann die Ansiedlung von Ärzten erleichtert werden.

Wir unterstützen den bedarfsorientierten Einsatz von „VERAH“, der Versorgungsassistenz in der Hausarztpraxis, welche die Betreuung und Versorgung mit ärztlichen Assistenzarbeiten in ländlichen Regionen sicherstellen kann. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Telemedizin als unterstützende Option.

Wir fordern die Absicherung eines flächendeckenden Rettungssystems, das eine 24h-Notfallhilfe witterungsunabhängig gewährleisten kann. Die erforderlichen, in den Rettungsleitlinien festgehaltenen Einsatzzeiten sind auch in den ländlichen Räumen einzuhalten. Die hier zum Einsatz kommenden Rettungshubschrauberstaffeln sollen künftig von den Krankenkassen finanziert werden.

Wirtschaft und Soziales - Hand in Hand!

Mecklenburg-Vorpommern hat trotz 30 Jahren Wiedervereinigung ein vielschichtiges Strukturdefizit. Dies äußert sich in geringem Realeinkommen, hohem Armutsrisiko und geringer Geburtenrate. Die Abwanderung der letzten Jahrzehnte hat zu einer regelrechten Entvölkerung ganzer Landstriche geführt. Daher ist es unser dringendstes Anliegen, die Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern erheblich zu verbessern und insbesondere den ländlichen Raum attraktiver zu gestalten.

Dazu brauchen wir vor allem gute Arbeitsplätze. So können wir Abwanderung aus wirtschaftlichen Nöten verhindern. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, damit die

vielen kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land eine sichere Grundlage und Raum für Entfaltung erhalten. Wir wollen die regionalen Unternehmen vor überbordender Bürokratie und immenser Steuerlast schützen.

Aufgabe der Kommunen muss es sein, die regionale Wirtschaft zu unterstützen statt zu gängeln.

Wir wollen Investitionen in exzellente Bildung und Ausbildung, in innovative Unternehmen und Projekte sowie in die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Somit helfen wir den wirklich Bedürftigen.

Ob Familien, Lehrlinge, Studenten oder Senioren: Wir brauchen flächendeckend bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum. Die beste Altersvorsorge ist nach wie vor Immobilieneigentum. Um kostengünstig Wohneigentum zu ermöglichen, soll es den Kommunen erleichtert werden, unter Wahrung der Kulturlandschaft Bauland zur Verfügung zu stellen. Wo erforderlich, sollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften eine ausreichende Zahl von bedarfsgerechten Sozialwohnungen errichten.

Bürgerschaftliches Engagement und eine vielfältige Vereinslandschaft sind auch und gerade im Bereich der Wohlfahrtspflege notwendig. Die großen Verbände und zahlreiche kleine Vereine und Initiativen sind hier an der Erfüllung sozialer und gemeinwohlorientierter Aufgaben beteiligt. Dabei ist das Ehrenamt ein unverzichtbarer Bestandteil zur Sicherung und Stärkung des Zusammenhaltes in unserer Gesellschaft.

Der gesamte Prozess der Verteilung und Verwendung des Steuergeldes der Bürger muss absolut transparent sein. Die Bereitschaft der Wohlfahrtsverbände, die Grundsätze der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ als mögliche Grundlage ihrer weiteren Arbeit zu prüfen, kann nur ein erster Schritt sein.

Der Tourismus spielt eine zentrale Rolle in Mecklenburg-Vorpommern. Die vielen Regionen halten ein vielfältiges Angebot an landschaftlichen und kulturellen Attraktionen bereit. Wir wollen die touristische Nutzung der Natur-, Kultur- und Bodendenkmäler weiter verbessern. Dazu müssen wir eine überregionale Vernetzung von Tourismusvereinen und -verbänden schaffen.

Mit einer spannenden Verbindung von Tradition, Kultur und Innovation können wir sanften Tourismus auch ins Hinterland der Küste bringen. Tourismusabgaben zur Haushaltskonsolidierung wie die sogenannte Bettensteuer lehnen wir ab.

Landwirtschaft – Zukunft und Natur

Mecklenburg-Vorpommern ist seit jeher durch die Landwirtschaft geprägt.

Eine völlig verfehlte Agrarpolitik und der Auftritt von internationalen Bodenspekulanten aber gefährden viele landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Konkurrenzfähigkeit oder sogar in ihrer Existenz. Ein regelrechter Renaturierungswahn zerstört jahrhundertealte Kulturlandschaften und schafft mehr Probleme als Nutzen. Eine ideologisch motivierte Energiepolitik ruiniert das Landschaftsbild und gefährdet heimische Tierarten.

Ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe sind Garant für gut bezahlte Arbeitsplätze, eine nachhaltige Landnutzung und eine hohe Wertschöpfung im dünnbesiedelten Raum. Wir wollen moderne, in der Region verankerte Agrarbetriebe, die konkurrenzfähig und nachhaltig produzieren. Eine ideologisch bedingte Förderung von unrentablen Wirtschaftsformen lehnen wir ab. Ein entscheidender Faktor der landwirtschaftlichen Strukturpolitik sind Landverkäufe und -verpachtungen. Diese sind im Sinne einer ganzheitlichen Bewirtschaftung zu koordinieren.

Darüber hinaus müssen Junglandwirte und Existenzgründer bei der Übernahme oder Neugründung von Betrieben mehr Unterstützung erhalten.

Die Jagd ist seit jeher kulturelles Gut der Menschen. Wir erkennen die Leistungen unserer Jäger an und wollen das jagdliche Brauchtum erhalten und fördern.

Unsere Heimat ist geprägt von einer großen Fülle an Tierarten. Erfreulicherweise sind einige seltene oder einst hier ausgestorbene Arten wieder in stabilen Populationen ansässig. Doch auch Artenschutz hat seine Grenzen. Insbesondere die Rückkehr des Wolfs und des Bibers führt zu Herausforderungen, die gegebenenfalls mit jagdlichen Mitteln angegangen werden müssen.

Die Fischerei ist Bestandteil unserer Identität und muss erhalten werden. Die Verpachtung landeseigener Gewässer soll nur an regional ansässige Fischer erfolgen. Die Vermarktung und Verarbeitung heimischer Fischprodukte muss vor Ort stärker ausgebaut werden, um die Wertschöpfung im Land zu halten und unseren Fischern ein Bestehen zu ermöglichen.

Energie - Bezahlbare Versorgung ohne Ideologie

Die Folge der gescheiterten Energiewende sind ständig steigende Energiekosten. Die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zahlen weltweit mit die höchsten Strompreise.

Zudem werden unsere historischen Kulturlandschaften durch Windkraftanlagen zerstört.

Ein breiter Energiemix aus grundlastfähigen Energieträgern ist Voraussetzung für eine versorgungssichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung. Strom aus Wind und Sonne kann nur als Ergänzung dienen.

Wir befürworten die Erforschung, Entwicklung und Nutzung neuer Energietechnologien, lehnen aber den weiteren planwirtschaftlichen Windkraftausbau in unserer Region strikt ab.

Wir sind für die sinnvolle Nutzung fossiler Energieträger, auch im Bereich von Kraftfahrzeugantrieben. Insbesondere wenden wir uns gegen ein ideologisch begründetes Verbot von Verbrennungsmotoren. Unabhängig davon stehen wir neuen Antriebsformen offen gegenüber. Diese müssen sich jedoch wirtschaftlich bewähren.

Wir fordern die Abschaffung der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare Energie-Wärmegesetzes (EEWärmeG). Wir befürworten Möglichkeiten zur Energieeinsparung, Zwangsmaßnahmen lehnen wir ab. Bauen muss für alle Einkommenschichten bezahlbar bleiben.

Kommunale Finanzen – Solide und selbstverwaltet

Die Kommunen besitzen als kleinste politische Einheit einen besonderen Stellenwert. Hier wird das Zusammenleben der Bürger maßgeblich gestaltet. Die finanzielle Situation hat direkten Einfluss auf die Lebensqualität der Bürger. Steuergelder müssen unseren Bürgern vor Ort zugutekommen.

Leider sind viele Kommunen hoch verschuldet und können ihren Aufgaben nicht nachkommen. Sie müssen endlich wieder dauerhaft in Infrastrukturprojekte und den Unterhalt von Gebäuden investieren können. Um die Haushalte langfristig zu entlasten, muss der Schuldenabbau zügig vorangebracht werden.

Wir lehnen eine Politik auf Kosten der nachfolgenden Generationen konsequent ab.

Ein Schritt zur Einnahmenerhöhung ist es, den kommunalen Finanzausgleich neu zu ordnen und unter den Kommunen horizontal gerechter zu gestalten. Gemeinden, denen es gelungen ist, eine positive wirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen, dürfen dafür nicht durch höhere Umlagen bestraft werden. Der Kommunale Finanzausgleich ist in seiner jetzigen Form vertikal seitens des Landes unzureichend. Das Land muss mehr Geld in die Finanzausgleichsmasse abgeben, um Kommunen endlich haushalterischen Spielraum zu verschaffen.

Die Kreisumlagesätze in Mecklenburg-Vorpommern gehören zu den höchsten in der gesamten Republik. Bei fast 50% Umlage in den meisten Landkreisen bleiben den Kommunen kaum Mittel für freiwillige Aufgaben. Pro Einwohner beträgt die Kreisumlage inzwischen ca. 404 Euro jährlich. 2003 waren es gerade einmal um die 147 Euro. Die Kreisumlagesätze müssen mittelfristig auf maximal 40% gesenkt werden.

Die unkontrollierte Massenzuwanderung gefährdet den sozialen Frieden vor Ort und überfordert die Kommunen finanziell. Wir lehnen die Übernahme der Folgekosten durch Städte, Gemeinde und Kreise ab.

Die Bewilligung von Mitteln für die Kommunen hat nach transparenten Kriterien zu erfolgen. Die Kommunen dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht auf willkürliche Almosen der Landesregierung angewiesen sein. Deshalb fordern wir eine dauerhafte Reform der Kommunalfinanzen, damit Gemeinden, Städte und Kreise eine wahre kommunale Selbstverwaltung auch praktizieren können.

Die Beantragung von Fördermitteln stellt die Kommunen oft vor unüberwindbare Hürden. Deshalb fordert die AfD, dass die Behörden auf Kreis- und Landesebene aus bestehenden Stellen eine gemeinsame Anlaufstelle schaffen, welche die Prozesse begleiten.

Die Förderung antidemokratischer Strukturen müssen wir endlich unterbinden. Jährlich wandern Summen aus kommunalen Haushalten und aus Fördermitteln in Projekte und Vereine, die unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen rechts“ Linksextremismus fördern und somit die freiheitlich-demokratische Grundordnung untergraben.

Die AfD tritt dafür ein, ausschließlich Vereine und Initiativen zu unterstützen, die dem Gemeinwohl dienen, insbesondere auch Vereine und Initiativen, die Heimatverbundenheit, Kultur und Brauchtum fördern.